

Arrêté fédéral concernant l'approbation de l'Accord international de 1989 sur le jute et les articles en jute*Gesamtberatung – Traitement global du projet***Titel und Ingress, Art. 1, 2****Titre et préambule, art. 1, 2***Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*Für Annahme des Beschlussentwurfes 36 Stimmen
(Einstimmigkeit)*An den Nationalrat – Au Conseil national*

89.082

Zolltarifische Massnahmen 1989/II**Tarif des douanes. Mesures 1989/II**Bericht und Beschlussentwurf vom 10. Januar 1990 (BBI I, 189)
Rapport et projet d'arrêté du 10 janvier 1990 (FF I, 161)*Antrag der Kommission*

Eintreten und Kenntnisnahme vom Bericht

Proposition de la commission

Entrer en matière et prendre acte du rapport

Schönenberger, Berichterstatter: Der Bundesbeschluss über die Genehmigung von zolltarifischen Massnahmen befasst sich einerseits mit der Aenderung des Gebrauchstarifs 1986 und andererseits mit der Verordnung über die Zollansätze für Waren aus der Efta und den EG (Handelsverordnungen).

Bei der Aenderung des Gebrauchstarifs von 1986 geht es um die Einfuhr von Rohkaffee, der nach den Ergebnissen der Uruguay-Runde vom Dezember 1988 in Montreal zu einem ermässigten Zollansatz aus den Entwicklungsländern in die Schweiz hätte eingeführt werden können. Nun wird die Zollpräferenz aber nur gewährt, wenn ein Ursprungszeugnis vorliegt. Da der Kaffee jedoch in ganzen Schiffsladungen exportiert und die Bestimmung der einzelnen Partien erst nach der Verschiffung bekannt ist, können die Exporteure unsere Bedingungen im Ursprungsland nicht erfüllen. Damit ist aber auch die Zulassung der beschlossenen Zollpräferenz unmöglich.

Dies hat den Bundesrat veranlasst, insbesondere, weil sämtlicher Rohkaffee aus den Entwicklungsländern kommt, den Normalansatz der massgeblichen Tarifnummer auf den 1. Januar 1990 autonom auf das Niveau des bisher gültigen Präferenzsatzes zu senken. Damit kommen nun alle Einfuhren von Rohkaffee in den Genuss des ermässigten Ansatzes.

Die Aenderung der Verordnung über die Zollansätze für Waren aus der Efta und den EG (Freihandelsverordnung) vom 18. Oktober 1989 ist notwendig geworden wegen des Zusatzprotokoll vom 12. Juli 1989 zum «Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft betreffend die Beseitigung bestehender und die Verhinderung neuer mengenmässiger Beschränkungen bei der Ausfuhr sowie von Massnahmen gleicher Wirkung». Dieses Zusatzprotokoll wird den eidgenössischen Räten auch im Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 89/1 + 2 zur Genehmigung unterbreitet.

Nach Artikel 6 Absatz 3 dieses Zusatzprotokoll wird es ab 1. Januar 1990 angewendet, falls sich die Vertragsparteien den Abschluss der Verfahren nicht bis zu diesem Zeitpunkt notifiziert haben. Der Bundesrat hat daher beschlossen, das Zusatzprotokoll gemäss Artikel 2 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982 über ausenwirtschaftliche Massnahmen vom 1. Januar 1990 an vorläufig anzuwenden und die sich daraus ergebenden Zollansätze vorläufig in Kraft zu setzen. Dies hat zur

Aufhebung der Ausfuhrzölle auf verschiedenen in der Botschaft erwähnten Waren geführt. Diese zwischen den einzelnen Efta-Staaten und der EWG vereinbarte Liberalisierung der Ausfuhren wurde ferner, gestützt auf einen entsprechenden Efta-Ratsbeschluss vom 16. November 1989, auch auf den Verkehr zwischen den Efta-Staaten ausgedehnt.

Die einstimmige Aussenwirtschaftskommission beantragt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und dem Bundesbeschluss über die Genehmigung von zolltarifischen Massnahmen zuzustimmen.

Präsident: Die Kommission beantragt Ihnen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

*Zustimmung – Adhésion**Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen**Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière**Detailberatung – Discussion par articles***Titel und Ingress, Art. 1, 2***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*Für Annahme des Beschlussentwurfes 27 Stimmen
(Einstimmigkeit)*An den Nationalrat – Au Conseil national*

90.004

Parlamentarische Delegation bei der Efta. Bericht**Délégation parlementaire auprès de l'AELE. Rapport**

Herr **Gadient** unterbreitet im Namen der Schweizer Delegation beim Efta-Parlamentarierkomitee den folgenden schriftlichen Bericht über die 14. ordentliche Tagung in Helsinki vom 25. und 26. Mai 1989 und über die dritte Begegnung mit der Aussenwirtschaftskommission des Europäischen Parlaments in Brüssel vom 30. November 1989

(Texte français voir *Bulletin officiel du Conseil national*, session de printemps 1990):

1. Einleitung

1989 war auch für die Efta ein ereignisreiches Jahr. Es sah den Beginn tiefgreifender Veränderungen in den Efta-EG-Beziehungen, die bis zur Verwirklichung der vier Freiheiten des EG-Binnenmarktes (freier Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr) innerhalb eines der Efta-Länder und die Europäischen Gemeinschaften umfassenden einheitlichen Europäischen Wirtschaftsraumes führen könnten.

Auslösender Faktor dieser Entwicklung war die Rede von EG-Kommissionspräsident Jacques Delors vor dem Europäischen Parlament in Strassburg am 17. Januar 1989 zu Beginn der neuen vierjährigen Amtsperiode der EG-Kommission, worin er sich auch mit den EG-Efta-Beziehungen auseinandersetzte. Er fragte sich, ob der durch die Erklärung von Luxem-

burg aus dem Jahre 1984 vorgesehene Weg einer ständigen Verstärkung einer pragmatischen – zum grössten Teil bilateralen – Zusammenarbeit heute noch gangbar sei oder ob nicht eine «neue, auf institutioneller Ebene weiter durchstrukturierte Form der Assoziation, mit gemeinsamen Organen für Entscheidung und Durchführung» zu suchen sei.

Der Zufall wollte es, dass einige Tage nach dieser Rede das Efta-Parlamentarierkomitee seine jährliche Vorbereitungsitzung in Genf durchführte und damit als erstes Efta-Organ auf den Vorschlag von Präsident Delors reagieren konnte. Das Komitee begrüßte die Anregung für eine strukturiertere Zusammenarbeit, was verstärkte institutionelle Bande und damit auch eine strukturelle Stärkung der Efta voraussetze. Anschliessend forderten die Efta-Parlamentarier die Teilnehmer an der Efta-Gipfelkonferenz von Oslo (14./15.3.89) auf, ebenfalls positiv auf die Ideen von Präsident Delors zu reagieren. Sie betonten gleichzeitig die Notwendigkeit einer stärkeren Stellung ihres Gremiums im Hinblick auf die Vertiefung der Efta-EG-Zusammenarbeit, die zu greifbaren Resultaten für alle europäischen Bürger führen werde.

Die Efta-Regierungschefs reagierten in Oslo ebenfalls positiv auf den Vorschlag des EG-Kommissionspräsidenten. Kurze Zeit darauf erfolgte die Einsetzung einer Efta-EG-Lenkungsgruppe auf hoher Ebene. Diese wurde mit einer umfassenden Untersuchung des möglichen Umfangs und Inhalts einer erweiterten und strukturierteren Partnerschaft zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Efta-Ländern beauftragt, welche auf der weitreichenden Verwirklichung der vier Freiheiten des EG-Binnenmarktes im Rahmen eines Europäischen Wirtschaftsraumes beruhen würde. Die Gruppe hatte auch die Möglichkeiten für eine vertiefte Zusammenarbeit bei den sogenannten flankierenden Massnahmen (Forschung und Entwicklung, Umweltschutz, Konsumentenschutz, Bildungswesen, kleine und mittlere Unternehmen, Fremdenverkehr und sozialpolitische Aspekte) abzuklären. Abzuklären war auch die Frage, wie die ins Auge gefassten Integrationsziele in rechtlicher, prozeduraler und institutioneller Hinsicht verwirklicht werden können.

Die Arbeiten der Lenkungsgruppe wurden am 20. Oktober 1989 abgeschlossen. Am 27. Oktober 1989 befassten sich die Efta-Minister in Genf mit dem Ergebnis. Die Minister stellten fest, dass die Efta-Länder und die EG-Kommission nun ein klares Bild von den Positionen beider Seiten zu Inhalt und Form eines möglichen Abkommens zwischen den Efta-Ländern und den Europäischen Gemeinschaften hätten. Die Minister anerkannten, dass die relevante EG-Gesetzgebung (*acquis communautaire*), die gemeinsam zu identifizieren ist, auf die eine oder andere Art in ein Abkommen integriert werden soll, welches die gemeinsame rechtliche Basis für den Europäischen Wirtschaftsraum bilden würde. Ueber Ausnahmen zur Berücksichtigung fundamentaler Interessen sowie über Uebergangsvereinbarungen wären Verhandlungen erforderlich. Unter den Efta-Ministern herrschte auch Einvernehmen darüber, dass eine umfassende Verwirklichung der vier Freiheiten mit einer Zusammenarbeit auf breiterer Basis (flankierende Massnahmen) Hand in Hand gehen sollte.

Bezüglich der rechtlichen und institutionellen Fragen im Zusammenhang mit der künftigen Efta-EG-Partnerschaft unterstrichen die Minister, dass ein echter gemeinsamer Beschlussfassungsmechanismus für ein künftiges Abkommen unabdingbar sei.

Im November 1989 äusserten sich auch die EG-Kommission und die EG-Aussenminister positiv zu den Ergebnissen der Arbeiten der Lenkungsgruppe. Beide Gremien vertraten die Auffassung, dass in den bisherigen Gesprächen genügend Klarheit erzielt worden sei, um die Aufnahme von Vertragsverhandlungen für die Verwirklichung des Europäischen Wirtschaftsraumes ins Auge zu fassen.

Am 19. Dezember 1989 beschlossen die Minister der EG- und Efta-Staaten zusammen mit der EG-Kommission in Brüssel die Aufnahme formeller Verhandlungen, die, wenn immer möglich, im ersten Halbjahr 1990 beginnen sollen. Vorgängig sollen aber in weiteren Sondierungsgesprächen jene Bereiche zusätzlich durchleuchtet werden – insbesondere die institutionellen und rechtlichen Fragen –, wo bei den bisherigen

Gesprächen innerhalb der Lenkungsgruppe signifikante Meinungsunterschiede zwischen den Gesprächspartnern aufgetreten waren.

Die neuesten Entwicklungen haben den sogenannten Luxemburger Prozess einer pragmatischen, von Fall zu Fall auszuweitenden Efta-EG-Zusammenarbeit (gegenwärtig laufen Gespräche über rund dreissig Bereiche) etwas in den Hintergrund treten lassen. Auf der Efta-Seite legt man aber Wert auf eine Weiterführung dieser Zusammenarbeit, wobei der Akzent insbesondere auf diejenigen Bereiche gelegt werden soll, wo es aussichtsreich und wünschenswert wäre, vor Ende 1992 – d. h. vor dem erwarteten Inkrafttreten eines Efta-EG-Abkommens über einen Europäischen Wirtschaftsraum – konkrete Resultate zu erzielen.

2. Vierzehnte ordentliche Tagung vom 25. und 26. Mai 1989 in Helsinki

Die vierzehnte ordentliche Tagung des Efta-Parlamentarierkomitees fand am 25. und 26. Mai 1989 auf Einladung der finnischen Delegation in Helsinki statt. Der Schweizer Delegation gehörten die Nationalräte Auer, Bircher, Coutau, Ständerat Dobler und der Berichterstatter an.

Haupttraktandum war die Erörterung der Efta-EG-Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der jüngsten rasanten Entwicklungen. Nationalrat Coutau zog in seiner Eröffnungsrede Bilanz über sein Präsidentschaftsjahr. Besonders erfreut zeigte er sich über die Erweiterung der Efta-Tätigkeiten, die einen bis vor kurzem nicht für möglich gehaltenen Umfang angenommen hätten. Weniger Fortschritte musste er damals noch bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen Verhandlungsstrategie der Efta-Länder gegenüber den Europäischen Gemeinschaften feststellen. Der neue Präsident des Efta-Parlamentarierkomitees, der finnische Abgeordnete Melin, hob in seiner Präsidentschaftsansprache die wachsende Bedeutung hervor, die dem Komitee im Rahmen einer vertieften Efta-EG-Zusammenarbeit zukommen werde, und sprach sich für eine Stärkung dieses Gremiums aus. Er schlug auch die Schaffung eines Umweltschutzprogrammes der Efta-Länder zugunsten Osteuropas vor.

Die Parlamentarier äusserten sich positiv zu den jüngsten Entwicklungen in den Efta-EG-Beziehungen. Sie waren sich auch im klaren darüber, dass die Efta-Länder künftig vermehrt «mit einer Stimme» sprechen müssen. Das dürfe aber nicht dazu führen, dass künftig nur noch der kleinste gemeinsame Nenner – insbesondere in jenen Bereichen, wo die Efta-Länder nicht die gleichen Interessen teilen – gesucht werde.

Die Parlamentarier beschlossen die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, um abzuklären, wie das Parlamentarierkomitee künftig eine grössere und wirksamere Rolle spielen könne. Die Arbeitsgruppe, der auch der Berichterstatter angehört, richtete in der Zwischenzeit ein Schreiben an den Efta-Ministerrat, worin eine verbindliche Konsultationspflicht in allen wichtigen Fragen und gemeinsame Sitzungen gefordert wurden. Die Efta-Minister reagierten positiv auf dieses Schreiben. In einer weiteren Phase setzte sich die Arbeitsgruppe mit den Fragen und Problemen im Zusammenhang mit der Bildung eines eigentlichen parlamentarischen Organs im Rahmen eines Europäischen Wirtschaftsraumes auseinander.

Sozusagen als «follow-up» unseres Gespräches über Comett und Erasmus mit der Aussenwirtschaftskommission des Europäischen Parlamentes vom November 1988 in Brüssel wurde in Helsinki auch das Traktandum Erziehung und Bildung aufgenommen. Dabei war zu erfahren, dass der EG-Ministerrat nach einiger Verzögerung und Zurückhaltung das Programm Comett II zur Teilnahme durch Efta-Staaten freigegeben hat. Weniger schnell geht es bei der Oeffnung des Erasmus-Programmes. Aus diesem Grund wurde ein Mitglied der schwedischen Delegation beauftragt, eine Machbarkeitsstudie bezüglich der Möglichkeit der Schaffung eines Efta-Erasmus-Programmes – unter Einbezug der gegenseitigen Anerkennung von Universitätsdiplomen und -prüfungen – auszuarbeiten und dem Komitee Bericht zu erstatten.

Zur Vorbereitung der dritten Begegnung mit der Aussenwirtschaftskommission des Europäischen Parlamentes in Brüssel von Ende November 1989, wo das Traktandum «Verkehr» an prominenter Stelle figurierte, befasste man sich auch in Hel-

sinki mit dieser Frage. Nationalrat Bircher brachte den schweizerischen Standpunkt ein. Im Bereich der Alpentransitlinien (Neat) ist es für uns wertvoll, auch unsere nicht direkt interessierten Partner in der Efta orientieren zu können.

Das Komitee hörte sich auch einen Bericht der Arbeitsgruppe «Fische und verarbeitete Landwirtschaftsprodukte» an. Diese Gruppe befasst sich gegenwärtig mit der Frage, ob zusätzliche verarbeitete Landwirtschaftsprodukte dem Freihandel unterstellt werden könnten. Die Arbeitsgruppe, der auch der Berichterstatter angehört, setzte auch ihre Abklärungen über die Möglichkeiten einer besseren Berücksichtigung von Umweltschutzanliegen in der Landwirtschaft fort und führte Expertenanhörungen in Schweden und in Oesterreich durch. Eine solche Anhörung ist in der nächsten Zeit auch in der Schweiz vorgesehen.

Das Komitee hörte sich auch ein Exposé über die wirtschaftliche Lage Finnlands an.

3. Dritte Begegnung mit der Aussenwirtschaftskommission des Europäischen Parlaments vom 30. November 1989 in Brüssel

Die dritte Begegnung zwischen dem Efta-Parlamentarierkomitee und der Aussenwirtschaftskommission des Europäischen Parlaments fand am 30. November 1989 in Brüssel statt. Der Schweizer Delegation gehörten Nationalrat Auer und der Berichterstatter an. Schwerpunktthemen waren Verkehr und die Efta-EG-Beziehungen. Der Berichterstatter des Efta-Parlamentarierkomitees, der österreichische Abgeordnete Peter Jankowitsch, unterstrich den Wunsch der Efta-Länder nach dem Aufbau eines gemeinsamen europäischen Verkehrsraumes unter wirtschaftlich effizienten und umweltgerechten Bedingungen. Aus den Ausführungen des für Verkehrsfragen zuständigen Mitglieds der EG-Kommission, Karel van Miert, wurde klar, dass die Idee des kombinierten alpenquerenden Gütertransitverkehrs als langfristige Lösung auch auf EG-Seite heute unbestritten ist, dass aber das Thema Strassengüterverkehr bei den laufenden Verhandlungen zwischen den EG und den beiden Alpentransitländern noch nicht vom Tisch ist.

Der Berichterstatter stellte die von der Schweiz beschlossenen Massnahmen vor, die in drei bis vier Jahren zu einer grossen Leistungssteigerung beim kombinierten Verkehr auf den Linien Lötschberg-Simplon und Gotthard führen wird; das als Antwort auf den Vorwurf, die Schweiz treibe eine egoistische Verkehrspolitik und sei nicht bereit, die notwendige Transitverkehrsinfrastruktur zu schaffen.

In der Diskussion über den Stand der Efta-EG-Beziehungen fielen praktisch nur positive Worte betreffend die angestrebte Vertiefung der Zusammenarbeit. Auffallend war, dass man auf Seiten des Europäischen Parlaments wiederholt darauf hinwies, dass angesichts der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa auch die Efta-EG-Beziehungen vermehrt in einem grösseren europäischen Zusammenhang gesehen werden müssten. Wiederholt kam auch der Hinweis, wonach eine Beeinträchtigung der EG-Entscheidungsautonomie als Folge eines Europäischen Wirtschaftsraumes für die EG schwer hinnehmbar wäre. Es wurde auch der Sorge Ausdruck gegeben, dass ein Europäischer Wirtschaftsraum die Kompetenzen des Europäischen Parlaments einschränken könnte.

Die Efta-Parlamentarier betonten, dass ein echter gemeinsamer Entscheidungsmechanismus eine grundsätzliche Voraussetzung für die politische Akzeptanz eines EWR-Vertrages darstellen würde.

Beide Seiten unterstrichen die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene im Hinblick auf die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes.

Der Berichterstatter unterstrich die Bereitschaft der Schweiz, aktiv und konstruktiv zur Vertiefung der Efta-EG-Zusammenarbeit beizutragen. Er machte auf die Diskrepanz aufmerksam, die zwischen der Offerte von Präsident Delors vom Januar 1989 bezüglich eines gemeinsamen Entscheidungsorgans und dem gegenwärtigen Pochen auf die Unantastbarkeit der EG-Entscheidungsautonomie bestehe.

Er benutzte auch die Gelegenheit, um auf eine kürzliche Aeusserung von EG-Kommissionsvizepräsident Bangemann, wonach das Neutralitätskonzept in der heutigen Konstellation ausgespielt habe, zu replizieren: Die bewaffnete Neutralität

habe nach wie vor eine wichtige Stabilitätsfunktion in Europa. Auch die Tatsache, dass vier der sechs Efta-Länder neutral seien, dürfte diverse Annäherungsversuche von mittel- und osteuropäischen Staaten an die Efta erleichtert haben. Dass eine solche Annäherung auch im Interesse der EG liege, habe Präsident Delors auf eine diesbezügliche Frage vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates im September 1989 bestätigt.

Es fand auch eine ausführliche Diskussion über die jüngsten Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa statt. Beide Seiten vertraten die Ansicht, dass sich aufgrund dieser Entwicklungen eine Beschleunigung des Integrationsprozesses in Westeuropa aufdränge.

Die nächste Begegnung mit der Aussenwirtschaftskommission des Europäischen Parlaments wird im Herbst 1990 stattfinden.

Antrag der Kommission

Kenntnisnahme vom Bericht

Proposition de la commission

Prendre acte du rapport.

Gadient, Berichterstatter: Sie werden bemerkt haben, dass der vorliegende Bericht der Efta-Parlamentarierdelegation eine neue Dynamik zum Ausdruck bringt, von der die Efta im Berichtsjahr in bisher kaum gewohnter Art erfasst war und die entsprechend auch die Aktivität der Efta-Parlamentarierdelegation prägte. Gerade in dieser integrationspolitisch sehr bewegten Zeit und mit Blick auf die sich daraus für unser Land ergebenden anspruchsvollen, schwierigen Fragen war seitens der schweizerischen Delegation ein umsichtiges und mit dem Bundesrat abgestimmtes Vorgehen angezeigt und nötig. Namens der Efta-Parlamentarierdelegation möchte ich den involvierten Departementen für die sehr gute Zusammenarbeit danken, insbesondere Herrn Bundesrat Delamuraz, der für unsere Anliegen stets auch persönlich verfügbar war.

Allgemein darf auch festgestellt werden, dass die Art und Weise der Zusammenarbeit mit den Parlamentariern der übrigen Efta-Staaten durchaus positiv war. Es herrschte im Efta-Parlamentarierkomitee eine konstruktive Atmosphäre und sehr viel Verständnis für die Anliegen und Probleme der Efta-Partnerstaaten. Die Parlamentarier waren sich aber einig darin, dass die Efta-Länder künftig vermehrt mit einer Stimme sprechen müssen, wenn die partnerschaftliche Kraft besser zum Tragen kommen soll, wie dies auch heute vom bundesrätlichen Sprecher zum Ausdruck gebracht worden ist.

Dies führte die Schweizer Delegation dazu, Anträge einzubringen und solche zu unterstützen, die auf eine grössere und wirksamere Rolle des Parlamentarierkomitees abzielen. In der Folge gelangte eine aus den Delegationspräsidenten formierte Arbeitsgruppe mit dem Ersuchen an den Efta-Minister, eine verbindliche Konsultationspflicht in allen wichtigen Fragen, aber auch gemeinsame Sitzungen vorzusehen. Erfreulicherweise reagierten die Efta-Minister sehr rasch und zustimmend auf dieses Begehren, so dass dieser bedeutsame Schritt bereits in diesem Jahr vollzogen wird. Entsprechende Termine sind vereinbart. Wenn man die bisherige Mitwirkung, die eher auf Sparflamme gekocht wurde, betrachtet, ist es sicher legitim, diese bedeutsame Entwicklung kurz hervorzuheben.

Im Bericht wird sodann auf die Rede von EG-Kommissionspräsident Jacques Delors vom 17. Januar 1989 verwiesen, mit der er bekanntlich einiges in Gang gebracht hat, als er von einer strukturierten Form der Assoziation mit gemeinsamen Organen für Entscheidung und Durchführung sprach. Als erstes Efta-Organ hat das Parlamentarierkomitee, das in jener Zeit gerade in Genf tagte, die Initiative ergriffen und nach entsprechenden Konsultationen mit den zuständigen Ministern positiv zu den Vorschlägen des EG-Kommissionspräsidenten Stellung genommen.

Damit sei lediglich gesagt, dass ein vermehrter parlamentarischer Einsatz im massgeblichen Bereich durchaus möglich und tunlich ist. Wir sind dem Bundesrat dankbar, wenn die

schweizerische Delegation in diesem Bestreben entsprechend unterstützt wird.

Es war eine schweizerische Initiative – auch hier der «rôle moteur», den Herr Bundesrat Delamuraz vorhin betont hat –, den Vorschlag einzubringen, an der nächsten Sitzung Beobachter aus den osteuropäischen Ländern einzuladen, soweit dort freie Wahlen, dies allerdings einschränkend, stattgefunden haben. Diesem Antrag wurde trotz anfänglicher Skepsis unserer Efta-Kollegen stattgegeben. Bereits an der im Mai in Wien stattfindenden Sitzung werden nun solche Beobachter teilnehmen. Anschliessend wird eine Sitzung der Delegationspräsidenten in Budapest stattfinden, zusammen mit unseren ungarischen Parlamentarierkollegen.

Das Parlamentarierkomitee befasste sich inzwischen mittels der erwähnten Arbeitsgruppe auch mit den Fragen der Struktur des künftigen Europäischen Wirtschaftsraums und der Stellung einer parlamentarischen Versammlung – zu der allenfalls das heutige Komitee zu erweitern und auszugestalten wäre –, die durchaus eine mit begrenzten parlamentarischen Kompetenzen ausgestattete selbständige Funktion übernehmen könnte und bei Zustandekommen des Europäischen Wirtschaftsraumes wohl auch müsste. Für eine solche Lösung ist uns von verschiedenen EG-Parlamentarierkollegen anlässlich unserer Gespräche in Brüssel Interesse signalisiert worden. Denn auch diese fühlen sich gegenüber Kommission und anderen Institutionen in einem Kompetenzdefizit. Das hätte zwangsläufig eine zahlenmässige Verstärkung der heutigen Parlamentarierdelegation zur Folge. Auf alle Fälle ist ersichtlich, dass ein solches EWR-Parlament mit Kompetenzen ausgestattet werden muss; diese schweizerischerseits wahrzunehmen wäre dann Aufgabe unserer Efta-Parlamentarier in der Versammlung. Aus diesem Grund wäre es problematisch, die Efta-Parlamentarierdelegation in eine Grosskommission, bestehend auch aus der Europarats- und der EG-Delegation, einzubeziehen. Abgesehen davon, dass ein solch grosses, über dreissig Köpfe zählendes Gebilde kaum verhandlungsgerecht wäre, müssen wir auch hier die spezifische Aufgabe, die gerade im Efta-Bereich auf uns zukommt, sehen. Koordination und Information sind nötig, aber sie können auf anderem, besserem Wege sichergestellt werden.

Ich möchte Sie noch auf den 3. Abschnitt des Berichts aufmerksam machen, dem Sie einige Schwerpunkte unserer Begegnung mit der Aussenwirtschaftskommission des EG-Parlaments in Brüssel entnehmen mögen.

Abschliessend obliegt mir noch, dem Sekretär der Kommission, Herrn Dr. Alfred Aebi, für seine vorzügliche Arbeit zu danken.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je serai plus bref qu'avant, Monsieur le président, mais je voulais assister exceptionnellement au traitement du rapport de la Délégation à l'AELE. Les circonstances sont réellement exceptionnelles, les choses se passent à un rythme essoufflant et les transformations sont visibles. Dans cet esprit, j'aimerais dire à M. Gadiant et à tous ses compagnons la très vive gratitude du Conseil fédéral et souhaiter que nous puissions améliorer ensemble l'engagement du Parlement et son information sur les questions de l'intégration européenne. Il n'est pas aisé pour les membres d'un parlement de milice comme le nôtre de consacrer tant et tant de temps à l'évolution accélérée et exigeante de l'intégration européenne. Vos mérites n'en sont que plus grands. Alors, tout ce que peut faire le Conseil fédéral, il le fera, non seulement pour vous assister techniquement, pour vous renseigner, pour vous mettre en état d'accomplir excellemment votre besogne, mais dans le dessein d'informer et d'impliquer plus systématiquement le Parlement sur les problèmes de l'intégration européenne.

Je pense, Monsieur le président, que le Conseil fédéral fera un certain nombre de propositions au Bureau de l'Assemblée fédérale afin de voir comment nous pourrions regrouper, à l'avenir, un certain nombre de démarches qui impliquent actuellement les délégations (la Délégation à l'AELE, la Délégation parlementaire au Conseil de l'Europe), les commissions (les deux Commissions des affaires étrangères, les deux Commissions des affaires économiques extérieures). Bref, il faut

trouver pour l'information et l'engagement du Parlement de nouveaux créneaux, de nouvelles procédures, de nouveaux systèmes. En attendant, le rôle que la Délégation parlementaire à l'AELE doit jouer est un rôle plus important encore que par le passé. C'est pourquoi je voulais entendre les développements de votre très remarquable rapport, Monsieur le président.

Hefti: Die Bemerkung von Herrn Bundesrat Delamuraz, die Dinge seien in Bewegung, veranlasst mich zu einer Bemerkung: Es ist mir in der Ansprache unseres verehrten Herrn Bundespräsidenten am Neujahr aufgefallen, dass er die heutige Situation in Europa mit derjenigen in der Schweiz 1848 verglichen hat. Es gibt aber meines Erachtens einen wesentlichen Unterschied. Die Schweiz hat damals den Dualismus von National- und Ständerat, von Volks- und Ständemehr geschaffen, analog zur Verfassung der Vereinigten Staaten.

Ich möchte nun den Herrn Berichterstatter fragen, ob er glaubt, dass auch in dieser Richtung vorgegangen werden könnte, denn das Element der Einzelstaaten bzw. der Einzelländer in Europa scheint mir gegenwärtig etwas zu fehlen und übersehen zu werden.

Gadiant, Berichterstatter: Auf diese konkrete Frage, Herr Hefti, kann ich Ihnen nur sagen, dass es gerade das zentrale Bemühen ist, im Rahmen eines solchen Europäischen Wirtschaftsraums zu Entscheidungsmechanismen zu kommen, die föderalistische Strukturen berücksichtigen und auch so viel Handlungsfreiheit wie möglich bieten, die für die einzelnen Mitgliedstaaten gewahrt werden soll.

Ich werde im Rahmen meiner Interpellationsbegründung noch kurz auf diese Problematik eingehen. Es ist ein nicht einfaches Unterfangen, und leider ist es so, dass in der EG die Besinnung darauf, dass dieses Europa von morgen auch etwas mehr sein könnte als eine Wirtschaftsunion, nach meiner persönlichen Auffassung noch etwas zu wenig verbreitet ist.

Zustimmung – Adhésion

An den Nationalrat – Au Conseil national

89.075

Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten

Coopération avec des Etats d'Europe de l'Est

Botschaft und Beschlussentwurf vom 22. November 1989 (BBI 1990 I, 145)

Message et projet d'arrêté du 22 novembre 1989 (FF 1990 I, 121)

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Masoni, relatore: Non è frequente che un messaggio che propone un'importante spesa per il consistente aiuto (insolito in considerazione del ritengo elvetico verso fatti interni d'altri Stati) al processo che vede affermarsi la liberal-democrazia in una parte importante del nostro continente, raccolga, come questo, consenso unanime nel popolo, nell'opinione pubblica, nella commissione e certamente anche nelle due Camere.

La soddisfazione generale s'explique non seulement par la clarté et la force percutante du message, mais aussi par la rapidité et l'opportunité de la réaction du Conseil fédéral, par l'aide humanitaire déjà mise en oeuvre et, surtout, par le message de

Parlamentarische Delegation bei der Efta. Bericht

Délégation parlementaire auprès de l'AELE. Rapport

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.004
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.03.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	52-55
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 566

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.